

Beschlussempfehlung und Bericht des Ältestenrats

**zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Löning, Michael Link (Heilbronn),
Florian Toncar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/8080 –**

Mehr Demokratie und Öffentlichkeit für Europa – Regelmäßige Europa-Fragestunden im Plenum des Deutschen Bundestages

A. Problem

Mit dem Vertrag von Lissabon wächst der Einfluss der Europäischen Union auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Auf der anderen Seite ergeben sich aber auch zusätzliche Einwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente auf die EU-Rechtsetzung. Nach Auffassung der Antragsteller muss sich dies in den parlamentarischen Mitwirkungsrechten widerspiegeln. Mehr Transparenz und bessere demokratische Kontrolle könnten insbesondere dadurch erreicht werden, dass sich der Deutsche Bundestag intensiver als bisher mit den Tagungen des Europäischen Rates auseinandersetze, und zwar nicht wie bislang im Wesentlichen im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, sondern im Plenum des Deutschen Bundestages. Deshalb soll die Bundeskanzlerin bzw. der Bundeskanzler in der auf eine Ratstagung folgenden Sitzungswoche die Abgeordneten des Deutschen Bundestages durch eine Erklärung im Plenum über die Ergebnisse des Europäischen Rates unterrichten und den Abgeordneten anschließend in öffentlicher Sitzung für Fragen zur Verfügung stehen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme der Initiative und damit Einführung einer so genannten Europa-Fragestunde.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/8080 abzulehnen.

Berlin, den 19. März 2009

Der Ältestenrat

Dr. Norbert Lammert
Präsident

Bericht

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/8080** ist in der 186. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. November 2008 in erster Lesung behandelt und an den Ältestenrat zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Initiative zielt darauf ab, vor dem Hintergrund des Lissabon-Vertrags und des sich daraus ergebenden wachsenden Einflusses der Europäischen Union sowie neuer Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages die parlamentarische Beteiligung durch die Einführung einer Europa-Fragestunde zu stärken und damit zugleich mehr Öffentlichkeit in der Europapolitik herzustellen.

III. Plenarberatung

Anlässlich der ersten Lesung hatten die Fraktionen im Wesentlichen folgende Positionen vertreten:

Die Fraktion der FDP möchte, dass die Bundeskanzlerin bzw. der Bundeskanzler nach jedem Europäischen Rat im Deutschen Bundestag eine Erklärung zu den Ergebnissen abgibt und sich anschließend den spontanen Fragen der Abgeordneten stellt. Anders als bei der Fragestunde am Mittwoch, bei der die Fragen spätestens am Freitag schriftlich einzureichen seien und bei der dann seitens der Bundesregierung über die Antworten nachgedacht und Formulierungen ausgefeilt werden könnten, wolle man versuchen, bei der Europa-Fragestunde neue Wege zu gehen und eine lebendigere Debatte zu führen, wie sie zum Beispiel im britischen oder schwedischen Parlament üblich sei. Dort hätten die Abgeordneten längst das Recht, den Regierungschef tagesaktuell und spontan zu befragen, ohne dass vorbereitete Antworten verlesen würden. Es werde oft beklagt, dass Europa zu langweilig sei, zu wenig passiere und sich niemand für Europa interessiere. Die vorgeschlagene Europa-Fragestunde biete die Möglichkeit, das Interesse der Menschen für Europa zu wecken und eine spannende Debatte live im deutschen Fernsehen zu übertragen. Darüber hinaus werde man auf diese Weise dem Anspruch gerecht, die europäische Politik und das Agieren der Bundesregierung in den Räten zu kontrollieren.

Die Fraktion der CDU/CSU teilte die Auffassung, dass es wegen der wachsenden Bedeutung des Ministerrates der Europäischen Union eine intensivere Befassung mit diesen Themen im Deutschen Bundestag geben müsse. Angesichts der Bandbreite und des Umfangs der Themen zog man jedoch in Zweifel, dass die vorgeschlagene Europa-Fragestunde das geeignete Instrument dafür sei. Vielmehr solle das bisherige System, das Gremium des Europaausschusses zu nutzen, um sich mit der Bundesregierung auszutauschen, die Ergebnisse anschließend abseits von Regierungserklärungen in den parlamentarischen Betrieb einzuspeisen und zum Anlass zu nehmen, im Deutschen Bundestag Debatten über die-

se Themen zu führen, als der richtigere und der zielführendere Weg beibehalten werden. Zusätzliche institutionelle Formen im Geschäftsbetrieb des Deutschen Bundestages führten nicht zwangsläufig zu dem erhofften Ergebnis.

Auch die Fraktion der SPD unterstützte den Grundgedanken der Initiative der Fraktion der FDP, europapolitischen Fragen größere Bedeutung beizumessen und mehr Öffentlichkeit zu erzeugen. Statt formaler Lösungen sollten allerdings politische Lösungen gesucht werden, die dem parlamentarischen Alltag Rechnung trügen.

Zustimmung zu dem Antrag wurde von der Fraktion DIE LINKE. signalisiert. Man hoffe, in Zukunft mehr europapolitische Debatten führen zu können, da die fehlende Öffentlichkeit eine wichtige Ursache für Fehlentwicklungen in Europa darstelle.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilte ebenfalls grundsätzlich die Intention der Initiative, sah aber noch weiteren Diskussionsbedarf. Es sei nicht wahr, wenn vonseiten der Bundesregierung behauptet werde, dass sie nach jedem Gipfel Bericht erstatte. Die Behandlung der Europäischen Räte gehöre jedoch in den Deutschen Bundestag. Man sollte auch überlegen, bisweilen vor den Sitzungen des Europäischen Rates eine Debatte zu führen, um der Regierung die Meinung des Parlamentes zu dem, was dort diskutiert werden soll, mitzuteilen. Die vorgeschlagene Europa-Fragestunde könne ebenfalls ein sinnvolles Element sein, um die Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen der europäischen Politik zu lenken. Man müsse aber darüber nachdenken, ob es nicht Sinn mache, außer der Bundeskanzlerin auch andere Fachminister zu befragen.

IV. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung** hat sich in seiner 46. Sitzung am 5. März 2009 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Ablehnung der Vorlage ausgesprochen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** empfahl in seiner 78. Sitzung am 12. Februar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

V. Beratung im Ältestenrat

Der Ältestenrat hat den Antrag der Fraktion der FDP in seiner 71. Sitzung am 19. März 2009 abschließend behandelt.

Die **Fraktion der FDP** ist der Auffassung, dass die Europafähigkeit des Deutschen Bundestages zwar besser geworden sei, aber noch weitere Schritte unternommen werden müssten. Das gelte zum Beispiel für die Frage, was in der parlamentarischen Sommerpause hinsichtlich der Beratung von Unionsvorlagen geschehen solle. Die in der laufenden Sitzungswoche abgegebene Regierungserklärung der Bun-

deskazlerin vor dem Europäischen Rat stelle einen Schritt in die richtige Richtung dar, genauso wichtig sei es aber, auch hinterher über die Ergebnisse unterrichtet zu werden. Das Parlament müsse die Gelegenheit haben, zu erfahren, was im Europäischen Rat besprochen worden sei. Insgesamt erachte man eine intensivere Einbeziehung in die europäischen Beratungen für notwendig.

Die **Fraktion DIE LINKE.** gibt zu bedenken, dass die Europapolitik immer mehr Einfluss auf die Entscheidungen des Deutschen Bundestages gewinne. Insbesondere in den Ausschüssen sei dies sehr deutlich zu bemerken. Deswegen unterstütze man den Vorstoß der Fraktion der FDP, den Abgeordneten an dieser Stelle mehr Möglichkeiten zur rechtzeitigen und umfassenden Information über die Europapolitik verschaffen zu wollen. Probleme habe man allerdings mit der Begründung des Antrags, die nicht geteilt werde.

Auch die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstützt das Anliegen im Grundsatz, obwohl formal eigentlich § 100 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages geändert werden müsse. Es sei notwendig, genauer hinzuschauen, was die Bundesregierung in Brüssel mache. Dies habe sich beispielsweise erst jüngst wieder gezeigt, als im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe von einem Briefwechsel zwischen Kenia und der Europäischen Union berichtet worden sei, in dem es um die Überstellung von Piraten oder der Piraterie verdächtigen Personen an Kenia gehe und der von völkerrechtlicher Qualität sei. Gleichwohl sei der Deutsche Bundestag vor der Zustimmung der Bundesregierung in den europäischen Gremien in keiner

Weise damit befasst gewesen. Dies bedeute einen klaren Verstoß gegen § 4 der Vereinbarung zwischen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD** schließen sich den Voten des mitberatenden Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sowie des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union an und lehnen die Initiative der Fraktion der FDP ab. Es sei Konsens, dass in der Europapolitik und in der europäischen Gesetzgebung die Mitwirkung und der Einfluss der nationalen Parlamente gewährleistet sein müsse. Darum gebe es die angesprochene Vereinbarung zwischen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union; darum habe der Deutsche Bundestag ein Büro in Brüssel eröffnet. Dies betreffe jedoch die vorausschauende Sicherstellung der Mitwirkung und nicht die Frage, in welcher Form man darüber im Deutschen Bundestag debattieren solle. In der Organisation der parlamentarischen Debatte müsse es keinen Sonderfall für Europafragen geben. Die vorhandenen Debattenformen würden auch diesen Themenbereich abdecken.

VI. Votum des Ältestenrats

Der **Ältestenrat** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 16/8080 abzulehnen.

Berlin, den 19. März 2009

Dr. Norbert Lammert
Präsident